

Werden als BI aktiv bleiben

Zum Bericht „Aus Notunterkunft wird ZUE“ (SZ vom 13. Mai):

Am 12. 5. 2015 ist die Entscheidung des Stadtrates pro ZUE ausgefallen. Das Ergebnis mit 25 zu 14 Stimmen für eine ZUE zeigt deutlich, dass mehr als ein Drittel aller Ratsmitglieder GEGEN die Einrichtung einer Zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes gestimmt haben. Die Argumentation für die im Rat gefällte Entscheidung basiert vorrangig auf den finanziellen und spekulativen Ansätzen der Beschlussvorlage der Stadtverwaltung, die nicht ansatzweise das im Forum Integration erarbeitete Konzept und Positivbeispiele anderer Kommunen berücksichtigt.

Auch die Empfehlung des Caritasverbandes, des Integrationsrates, der BI und des Landtagsabgeordneten Theo Kruse, sich gegen eine ZUE im „Regenbogenland“ und für die menschenwürdige Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge zu entscheiden, konnte den Beschluss einer ZUE nicht verhindern.

Anstatt Leerstände und privaten Wohnraum zu prüfen, kalkuliert die Stadtverwaltung alternativlos mit der teuren Anmietung von Wohncontainern und verweist auf die immense Kostenersparnis einer ZUE. Fördermittel und -programme werden ignoriert – stattdessen mit der Befürwortung die verschwenderische Ausgabenpolitik des Landes und das rücksichtslose, rechtswidrige Vorgehen der Bezirksregierung unterstützt.

Immer noch stehen 60 geeignete NRW-Liegenschaften leer und verursachen Kosten in Millionenhöhe. Sicherlich muss es ZUEn geben und zweifelsohne handelt es sich beim „Regenbogenland“ um eine Immobilie mit sehr guten Bedingungen – eine Belegung von max. 180 Personen vorausgesetzt. Kann jedoch bei 400 eingezäunten, bewachten Bewohnern auf engstem Raum noch von humanitären Bedingungen gesprochen werden?

Die Auswirkungen der angestrebten Bewohnerzahl sind für Bewohner und Bürger nicht vorhersehbar, wurde bisher doch nur Minimalbelegung gefahren. Im Gegensatz zu Herrn Siegs Redebeitrag – „die Anwohner sind die Verlierer“ – fühlen sich Anwohner und Mitglieder der Bürgerinitiative keinesfalls als solche. Mit ihrer Informationspolitik und ihrer Arbeit wurden in den letzten vier Monaten viele gute Ansätze erreicht, ehrenamtliches Engagement aufgedeckt, neues geweckt, Diskussionen und Ideen zum Umgang mit Flüchtlingen angeregt.

Das Forum Integration wurde gegründet, dort ein Konzept für den bisher konzeptlosen Umgang der Stadtverwaltung mit Flüchtlingen erarbeitet. Vielleicht können die wenigen in Olpe verbleibenden Flüchtlinge demnächst davon profitieren?

Muss sich eine Kleinstadt freiwillig für ein Massendurchgangslager entscheiden? Ist es richtig, im gleichen Zug asylsuchenden Menschen die Chance auf Integration und Leben in einer Kleinstadt mit hoch motiviertem Ehrenamt zu verwehren? Wie kann trotz fehlerhafter Zahlen – Vortrag Klaus Martin Ohm (UCW) – der Beschlussvorlage zugestimmt werden? Viele Fragen bleiben offen und es bleibt zu hoffen, dass sich die Befürworter der ZUE der Tragweite ihrer Entscheidung bewusst sind und sie die Verantwortung für unsere Stadt ausnahmslos übernehmen.

Den Unterstützern der dezentralen Lösung sei Dank für ihre Geradlinigkeit und ihre klaren Worte. Wir werden als Bürgerinitiative Humanitäre Flüchtlingspolitik weiterhin aktiv bleiben, Aufklärungsarbeit betreiben, Alternativen aufzeigen, Missstände aufdecken und Verbesserungen anregen.

Reiner Löcker, Christian Hose,
Ansgar Clemens, Peter Kliche,
Wolfgang Maasjost,
Olpe, Auguste-Liese-Straße